

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Wettbewerb

EU-Kommission prüft Apple Pay

Seite 3

IM FOKUS

Gesundheitsunion

Digitale Patientenakte kann
künftig EU-weit genutzt werden

Seite 4

Zukunftskonferenz

Reformkurs für die EU aufgezeigt

Seite 5



In ihrem sechsten Sanktionspaket schlägt die Kommission ein komplettes Handelsembargo auf russische Öllieferungen in den kommenden Monaten vor.

© Shutterstock

BREXIT

EU-Kommission warnt Vereinigtes Königreich

Die EU-Kommission hat die britische Regierung ermahnt, sämtliche Bestimmungen der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen über die beiderseitigen Beziehungen weiterhin einzuhalten. „Das Protokoll, der Eckpfeiler des Austrittsabkommens, ist ein internationaler Vertrag. Eine Nachverhandlung ist keine Option“, sagte Maroš Šefčovič, Vizepräsident der EU-Kommission. „Niemand sollte Regelungen, die wir vereinbart haben, einseitig außer Kraft setzen oder brechen“, erklärte auch Bundeskanzler Olaf Scholz.

Das Nordirland-Protokoll hilft, Kontrollen an der Grenze zwischen dem dem EU-Mitgliedstaat Irland und der britischen Region Nordirland zu vermeiden.

[Erklärung zum Nordirland-Protokoll](#)

UKRAINE

Von der Leyen schlägt Embargo für Öl aus Russland vor

Angesichts einer weiteren Eskalation der russischen Gewalt in der Ukraine hat die EU-Kommission den Mitgliedstaaten einen Importstopp für Erdöl aus Russland vorgeschlagen. „Dabei geht es um ein vollständiges Einfuhrverbot für sämtliches russisches Öl, ob Seeweg oder Pipeline, ob Rohöl oder raffiniert“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede im Europäischen Parlament.

> „Diese Schritte hindern Russland daran, seine Wirtschaft zu diversifizieren und zu modernisieren“, ergänzte von der Leyen. Sie bekräftigte: „Wladimir Putin wollte die Ukraine von der Landkarte verschwinden lassen. Damit, das ist klar, wird er scheitern.“

Auf Initiative der EU-Kommission hatten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereits im April einen Lieferstopp für Kohle aus Russland besiegelt und damit erstmals auch Energieimporte aus Russland mit Restriktionen belegt. Nun folgt im sechsten Sanktionspaket der Vorstoß für ein komplettes Handelsembargo auf russische Öllieferungen in den kommenden Monaten. „Wir werden dafür sorgen, dass wir uns geordnet von russischem Öl verabschieden, also auf eine Art und Weise, die es uns und unseren Partnern ermöglicht,

alternative Versorgungswege zu sichern, und die die Auswirkungen auf die globalen Märkte möglichst gering hält“, erläuterte von der Leyen.

Die angestrebten neuen Sanktionsmaßnahmen umfassen unter anderem:

> **Ausweitung der Bank-Sanktionen:** Künftig wird auch die Sberbank, das größte russische Kreditinstitut mit einem Marktanteil von mehr als 30 Prozent, vom internationalen Zahlungssystem SWIFT ausgeschlossen. In einem ersten Schritt waren im März bereits sieben russische Banken für den internationalen Zahlungsverkehr blockiert worden. „Dadurch treffen wir Banken, die für das russische Finanzsystem relevant sind, und schränken Putins Fähigkeit zu weiteren Zerstörungen ein“, erläuterte die Präsidentin. >>

“ Wir wollen, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt. Aber wir wollen auch die Eckpunkte für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg festlegen. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

- >> > **Neue Einreiseverbote:** Die EU weitet ihre Sanktionsliste für Einzelpersonen aus. Unter anderem werden russische Militärs, die für Kriegsverbrechen im ukrainischen Btscha und Mariupol verantwortlich sind, mit Einreise- und Vermögenssperren belegt.
- > **Entzug von Sendelizenzen:** Nach RT und Sputnik wird drei weiteren russischen Staatssendern die Sendelizenz in der EU gestrichen: Rossija 24, TV Centre International und Rossija RTR. „Als Sprachrohre Putins haben diese Fernsehkanäle seine Lügen und Propaganda erwiesenermaßen aggressiv verbreitet. Wir sollten ihnen keine Bühne zur Verbreitung dieser Lügen mehr bieten,“ erklärte die Präsidentin.
- > **Vollständiges Energieembargo:** Innerhalb der kommenden sechs Monate wird die EU die Einfuhr von russischem Rohöl stoppen, für Raffinerieprodukte wie Benzin greift das Importverbot nach acht Monaten, auch der Schiffstransport russischer Ölprodukte durch Tanker aus der EU wird blockiert. Für Mitgliedstaaten wie Ungarn, die Slowakei und Tschechien sind Übergangsfristen angestrebt. Die beiden sind strukturell in einer besonderen Lage. So bezieht Ungarn 96 Prozent seiner Öleinfuhren aus Russland, die Slowakei rund 58 Prozent, das liegt weit über dem EU-Durchschnitt von 26 Prozent. Deutschland hatte seine russischen Ölimporte zuletzt von 35 Prozent auf 12 Prozent verringert.

„Machen wir uns nichts vor: Das wird nicht einfach. Einige Mitgliedstaaten hängen erheblich von russischem Öl ab. Aber wir müssen daran arbeiten“, mahnte von der Leyen. Die EU-Kommission hatte mit der Initiative REPowerEU einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien angekündigt und Abkommen mit neuen Lieferländern vereinbart, unter anderem über verflüssigtes Erdgas aus den USA und Katar. In einer Eurobarometer-Umfrage sprachen sich 85 Prozent der Befragten für eine gemeinsame europäische Beschaffung von Energieimporten aus (Deutschland: 83 Prozent).

Zuletzt führte der Krieg auch zu Einschränkungen der Gaslieferungen. Über die Pipeline „Sojus“, die durch den von Russland besetzten Osten der Ukraine verläuft, strömte weniger Erdgas in die EU. Über die Leitung kommt auch Erdgas ins bayerische Waidhaus, fehlende Mengen in Deutschland wurden aber durch zusätzliche Lieferungen aus Norwegen und den Niederlanden ausgeglichen. Die Energiesicherheit ist gewährleistet, so sind die Gasspeicher in Deutschland zu fast 40 Prozent gefüllt. Energiekommissarin Kadri Simson kündigte ein Gespräch mit dem ukrainischen Energieminister German Galushchenko an. Zugleich betonte Simson, dass Zahlungen russischer Energielieferungen in Rubel einen Bruch der vereinbarten Sanktionen darstellten.

Initiative für Wiederaufbauhilfe

Von der Leyen regte nach einem Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an, im Juni über das Beitrittsgesuch der Ukraine zur EU zu entscheiden. Die Präsidentin schlug auch ein Konjunktur- und Wiederaufbaupaket für die Ukraine nach Vorbild des Corona-Aufbaufonds Next-GenerationEU vor. „Europa hat gegenüber der Ukraine eine ganz besondere Verantwortung. Mit unserer Unterstützung können die Menschen in der Ukraine ihr Land für die nächste Generation wieder aufbauen“, sagte die Präsidentin in Straßburg. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) benötigt die Ukraine derzeit rund 5 Mrd. Euro monatlich, um die Staatsausgaben zu bestreiten.

Eine erste Geberkonferenz hatte Hilfszusagen von 9,1 Mrd. Euro für die Ukraine ergeben, davon 1 Mrd. Euro von der EU-Kommission. Bei einer zweiten Konferenz im Mai sagte von der Leyen weitere 200 Mio. Euro an Unterstützung zu, die Bundesregierung stellte 265 Mio. Euro bereit. Bislang hat die EU der Ukraine insgesamt rund vier Mrd. Euro an Hilfe zugesagt. Hinzu kommen Gelder für die Unterstützung der rund sechs Mio. Kriegsvertriebenen. (pr) >|

Alternative Exportrouten für Getreide

Die EU-Kommission beschleunigt die Ausfuhr von Agrarprodukten aus der Ukraine. So sollen Waren aus dem Land an den Außengrenzen bevorzugt abgefertigt werden. Zudem rief die Kommission Spediteure auf, mehr Transportkapazitäten zur Verfügung zu stellen. Eine Logistik-Plattform soll Lieferwege zusätzlich optimieren. Von einer „gewaltigen Herausforderung“ sprach Verkehrskommissarin Adina Vălean. Die Ukraine zählt zu den wichtigsten Getreideexporteuren der Welt. Wegen der russischen Invasion können 40 Mio. Tonnen Getreide nicht exportiert werden, die Hälfte davon muss bis Juli ausgeliefert sein.

Breite Unterstützung für EU-Maßnahmen im Energiebereich

Die EU sollte die Auswirkungen der steigenden Energiepreise auf Verbraucher und Unternehmen begrenzen.



Geeignete EU-Maßnahmen sollen die Energieeffizienz von Gebäuden, Verkehr und Waren in der EU steigern.



Die EU sollte ihre Abhängigkeit von russischem Gas und Öl so schnell wie möglich reduzieren.



Der Krieg in der Ukraine macht es noch dringlicher für die EU-Mitgliedstaaten, in erneuerbare Energien zu investieren.



Ergebnisse einer Flash-Eurobarometer-Umfrage, die vom 13. bis 20. April 2022 in den 27 Mitgliedstaaten durchgeführt wurde (Anteil der Antworten mit „stimme zu“)

Quelle: EU-Kommission

Öl-Embargo

WETTBEWERB

EU-Kommission prüft Apple Pay

© LightField Studios / Shutterstock.com

Die EU-Kommission geht gegen Apple vor und prüft, ob das Unternehmen Wettbewerber benachteiligt, indem es den Zugang zu seinem digitalen Bezahlendienst Apple Pay mit unlauteren Methoden beschränkt. „Uns liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass Apple den Zugang Dritter zu Schlüsseltechnologien beschränkt, die für die Entwicklung konkurrierender mobiler Geldbörsen für Apple-Geräte benötigt werden“, sagte Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager.

Die Kommission vertritt die Auffassung, dass die beherrschende Stellung von Apple auf dem Markt für mobile Geldbörsen in seinem Betriebssystem iOS den Wettbewerb untergräbt, weil allein Apple Pay Zugang zur NFC-Technologie genießt. Diese Near Field Communication (NFC) ermöglicht die kontaktlose Datenübertragung durch Radio-Frequenz-Identifikation (RFID). Apple muss sich nun zu den Vorwürfen äußern. Sollte sich die Auffassung der Kommission bestätigen, droht eine Geldbuße in Milliardenhöhe. „Für die Integration der europäischen Zahlungsverkehrsmärkte ist es wichtig, dass den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Vorteile eines wettbewerbsbasierten und innovativen Marktumfelds zugutekommen“, erklärte Vestager.

| *Apple-Pay-Praktiken*

NEUES EUROPÄISCHES BAUHAUS

EU fördert Vorhaben in München

Im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) hat die EU-Kommission die Förderung eines innovativen Projekts in München-Neuperlach mit 5 Mio. Euro gebilligt. Insgesamt unterstützt die EU fünf Leuchtturmprojekte in Europa mit insgesamt 25 Mio. Euro. „Ich bin sehr gespannt darauf, zu sehen, wie diese Projekte des Neuen Europäischen Bauhauses umgesetzt werden. Sie werden zeigen, wie die Zukunft aussehen kann, und den europäischen Grünen Deal in unseren Alltag und in unsere Lebensräume bringen“, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Das Neue Europäische Bauhaus verbindet den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit innovativen Ansätzen in Architektur, Städtebau und Design.

In München-Neuperlach geht es um nachhaltige Mobilität, den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft und Erhalt von Grünflächen in einem Gebiet mit vergleichsweise hoher Arbeitslosigkeit und starkem sozialen Wandel.

| *Leuchtturmprojekt München-Neuperlach*

EUROPÄISCHE HAUPTSTÄDTE FÜR INTEGRATION UND VIELFALT

Auszeichnungen für Köln und Ingelheim

Die EU-Kommission hat die Städte Köln und Ingelheim als „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“ geehrt. Köln erhält die Auszeichnung in Gold für seinen Plan „Kölner Perspektiven 2030+“, der eine Integrationsstrategie bis zum Ende des Jahrzehnts aufweist. Ingelheim in Rheinland-Pfalz wurde die Auszeichnung in Silber für sein Konzept zu Vielfalt und Integration verliehen. Der Preis wurde in diesem Jahr erstmals vergeben. „Die Gewinner haben auf denkbar beste Weise gezeigt, wie wir Gleichheit und Vielfalt gemeinsam schützen und uns gemeinsam für ein diskriminierungsfreies Zusammenleben aller einsetzen können“, erklärte die für Gleichstellungspolitik zuständige Kommissarin Helena Dalli.

Die EU fördert Initiativen für Vielfalt und Integration sowie gegen Ungleichheit und Diskriminierung bis 2027 mit insgesamt rund 1,55 Mrd. Euro.

| *Auszeichnung für Integration und Vielfalt*

KINDERRECHTE

Europäische Union verstärkt Kampf gegen Kindesmissbrauch im Netz

Die EU-Kommission geht strenger gegen kinderpornografische Darstellungen im Internet vor. Ein Gesetzentwurf verpflichtet Anbieter wie Google oder Facebook, das Risiko, dass ihre Dienste missbraucht werden, zu bewerten und zu mindern, online verübten sexuellen Kindesmissbrauch aufzudecken und zu melden sowie entsprechende Inhalte zu entfernen. Zudem soll ein EU-Zentrum eingerichtet werden, das Technologien zum Aufspüren von Kinderpornografie bereitstellt und auf eine schnellere Löschung entsprechender Bilder im Netz dringt. „Kindesmissbrauch ist eine wachsende Gefahr. Als Erwachsene müssen wir Kinder schützen“, sagte Innenkommissarin Ylva Johansson.

Parallel zum Gesetz gegen Kindesmissbrauch legte die Kommission eine Initiative vor, um Kinderrechte im Digitalzeitalter zu verankern. Neben der Stärkung der Digitalkompetenz steht dabei auch der Schutz der Kinder vor gefährlichen Online-Inhalten im Vordergrund. „Mit der neuen Strategie wollen wir den Zugang zu digitalen Geräten und digitalen Kompetenzen für Kinder und insbesondere Kinder in prekären Situationen fördern, Cybermobbing bekämpfen und alle Kinder vor schädlichen und illegalen Online-Inhalten schützen“, sagte Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission und verantwortlich für Digitalpolitik. 2021 hatte die Kommission eine neue Strategie für Kinderrechte vorgestellt.

| *Sicherheit für Kinder im Internet*

GESUNDHEITSUNION

EU-Bürger sollen ihre **Gesundheitsdaten** künftig in allen Ländern der **Europäischen Union** nutzen können

Patientinnen und Patienten können künftig ihre Krankengeschichte, Testergebnisse oder Verschreibungen mit Krankenhäusern und Ärzten in der gesamten EU teilen. Dies ist das Ziel des neuen Vorschlags zum Europäischen Gesundheitsraum – European Health Data Space (EHDS) –, den die Kommission präsentiert hat.



Bei der digitalen Patientenakte ist es der EU-Kommission besonders wichtig, dass Patientinnen und Patienten die Kontrolle über ihre Daten behalten.

> Von 2025 an können Patientendaten europaweit digital genutzt werden – für den Arztbesuch oder für die Forschung. „Die Europäische Union setzt damit einen wahrhaft historischen Schritt auf dem Weg zur digitalen Gesundheitsversorgung in ganz Europa“, sagte Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides. Von einem „revolutionären Moment der europäischen Medizingeschichte“ sprach Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission bei der Vorlage der Initiative in Straßburg und ergänzte: „Wir legen das Fundament für einen sicheren und vertrauenswürdigen Zugang zu Gesundheitsdaten, der voll und ganz mit den Grundwerten der EU im Einklang steht.“

Als Lehre aus der Pandemie hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor zwei Jahren den Aufbau einer Gesundheitsunion eingeleitet. Seither wurden unter anderem das Mandat des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) gestärkt und das Zulassungsverfahren von Medikamenten durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) gestrafft. Zudem wurde die Europäische Gesundheitsbehörde HERA neu geschaffen. Der europäische Plan zur Krebsbekämpfung soll dazu beitragen, die Zahl der Tumorerkrankungen zu verringern. Bis Ende des Jahres wird die Kommission zudem eine Arzneimittelstrategie vorlegen, um Forschung und Zulassung

voranzutreiben. „Der europäische Gesundheitsdatenraum bildet das Rückgrat der Gesundheitsunion“, sagte Kyriakides.

Die Initiative der Kommission sieht unter anderem vor:

> **Europaweit verfügbare Patientendaten:** Ob auf Reisen oder bei der Suche nach Spezialisten – die Patientenakte ist künftig europaweit digital verfügbar. Labortests, Bilddaten und Medikationspläne lassen sich so in Arztpraxen oder Kliniken abrufen. Das ermöglicht europaweit den schnellen und einfachen Zugang zum Gesundheitssystem, zugleich lassen sich erhebliche Kosten sparen, etwa für Doppelbehandlungen. „Lassen Sie mich eines deutlich sagen: Wir setzen auf Vertrauen und Respekt. Patientinnen und Patienten behalten die Kontrolle über ihre Daten“, sagte Kyriakides. Um dies sicherzustellen, müssen die Mitgliedstaaten eine digitale Gesundheitsbehörde benennen, die sich am grenzüberschreitenden Datenverkehr MyHealth@EU beteiligt. Ein Aufsichtsgremium wacht über die Einhaltung der europäischen Datenstandards.

> **Europäischer Forschungsraum:** „Daten sind Macht“, sagte Schinas und bekannte: „Wir sind reich an Gesundheitsdaten, aber arm bei deren Auswertung.“ Der europäische Gesundheitsdatenraum macht es durch klare rechtliche Regelungen künftig möglich, Gesundheitsdaten für Wissenschaft, Unternehmen und Gesundheitsverwaltung zu nutzen. So lassen sich seltene Krankheiten besser erforschen, aber auch die Gesundheitsversorgung besser koordinieren. Dazu richten die Mitgliedstaaten eine Stelle ein, die den Zugang zu Gesundheitsdaten für Forschung, Firmen und Verwaltung genehmigt. Die Anonymität der Kranken bleibt dabei gewahrt. Für grenzüberschreitende Projekte werden die nationalen Gesundheitsstellen mit dem dezentralen Datenraum HealthData@EU verbunden.

Für den Aufbau des europäischen Gesundheitsdatenraums sind rund 810 Mio. Euro vorgesehen. Insgesamt stellt die EU über die Aufbauhilfe ReactEU rund 10 Mrd. Euro für die Digitalisierung der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten bereit. (pr) >|

Sparen durch Digitalisierung

Der Europäische Gesundheitsdatenraum kann durch die Digitalisierung des Gesundheitssystems innerhalb eines Jahrzehnts rund 11 Mrd. Euro einsparen. 5,5 Mrd. Euro werden durch einen besseren Zugang sowie den Austausch von Gesundheitsdaten erwirtschaftet. Weitere 5,4 Mrd. Euro lassen sich innerhalb eines Jahrzehnts durch die bessere Auswertung von Krankheitsdaten für Forschung und Wissenschaft einsparen.

EUROPÄISCHE DEMOKRATIE

Konferenz zur Zukunft Europas zeigt Reformkurs für die EU auf

Die Konferenz zur Zukunft Europas hat nach mehr als einjährigen Beratungen in verschiedenen Basisforen ein Paket von 49 Vorschlägen zur Fortentwicklung der EU vorgelegt. Danach soll das Europaparlament künftig auch Gesetze vorschlagen können, die EU-Kommission erstmals Kompetenzen für Gesundheit und Bildung erhalten und die Mitgliedstaaten weniger Veto-Rechte haben: Bürgerinnen und Bürger übergaben ihre Vorstellungen für eine Reform der EU den Präsidentinnen des EU-Parlaments, der EU-Kommission sowie dem französischen Präsidenten. „Sie haben eine Vorstellung von Europa vorgelegt, die in zentralen Bereichen Ergebnisse hervorbringt. Das wird unseren Alltag verbessern“, lobte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Feierstunde zum Abschluss der Beratungen am Europatag in Straßburg.

> Gemeinsam mit Roberta Metsola, der Präsidentin des Europäischen Parlaments, und dem derzeitigen Vorsitzenden des Rats der Mitgliedstaaten, dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, nahm die Kommissionspräsidentin den Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas entgegen. „Sie haben uns gesagt, wohin sich Europa bewegen soll. Jetzt ist es an uns, den direkten Weg einzuschlagen, indem wir alles unternehmen, was nach den Verträgen möglich ist, und ja, indem wir die Verträge dort ändern, wo nötig“, sagte von der Leyen.

Initiative der Kommission

Die Präsidentin hatte die Konferenz vor drei Jahren initiiert und die europäische Bevölkerung erstmals direkt in die Debatte über die Fortentwicklung der EU einbezogen. In vier Basisforen mit je 200 Diskutanten wurden seit dem Vorjahr europäische Zukunftsfragen in vier Themenbereichen erörtert: Klima und Umwelt, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit, Europas Rolle in der Welt und Migration sowie Zukunft der Demokratie.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden per Los ausgewählt und stellten einen Querschnitt der Bevölkerung dar, so war ein Drittel jünger als 25 Jahre. „Wir haben diskutiert. Und wir haben gestritten. Aber wir haben uns geeinigt“, sagte Bürgerrätin Stephanie Hartung aus Deutschland bei der Abschlussfeier in Straßburg und ergänzte: „Mit einer Stimme zu sprechen, darin liegt die Stärke der EU.“



© European Union 2022 – Source: EP

In seiner Schlussdebatte hatte sich ein Plenum aus Vertreterinnen und Vertretern von Bürgerforen, Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten auf 49 Vorschläge mit mehr als 300 Einzelmaßnahmen geeinigt, darunter unter anderem einen europäischen Mindestlohn, die Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion und Minimumstandards für Lebensmittel. Das Plenum forderte, die europäische Demokratie verständlicher und zugänglicher zu machen. Auch institutionelle Reformen wurden angeregt, so ein Budgetrecht des Europäischen Parlaments und ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips im Kreis der Mitgliedstaaten.

Ursula von der Leyen, Roberta Metsola und der französische Präsident Emmanuel Macron im Kreis der Bürgervertreter.

“ Sie haben den Nachweis geliefert, dass diese Form der Demokratie funktioniert. ”

Erste Gesetzesvorschläge im September

Von der Leyen kündigte an, bereits im September in ihrer Rede zur Lage der Union erste Gesetzesinitiativen auf Basis der Vorschläge vorzulegen. Parallel wird eine Basiskonferenz im Herbst eine Zwischenbilanz über die weitere Umsetzung der Initiativen ziehen. Künftig sollten die Europäerinnen und Europäer häufiger ihre Vorstellungen einbringen, ehe europäische Regelungen auf den Weg gebracht werden, regte die Präsidentin an. „Lassen Sie uns den erfolgreichen Dialog fortsetzen und ein neues Kapitel der europäischen Bürgerbeteiligung beginnen“, mahnte Bürgerrätin Stephanie Hartung. (pr)

>|

Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin über Bürgerräte

■ Zukunftsdebatte

EUROPA VOR ORT

Deutsche und Polen beschwören zum **Europatag** in Guben-Gubin die **Solidarität mit der Ukraine**

Auf einer gemeinsamen Feier zum Europatag in der Eurostadt Guben-Gubin haben rund 15.000 Menschen aus Deutschland und Guben ihre Solidarität mit der Ukraine bekräftigt. „Mit Blick auf die Geschehnisse in der Ukraine hat die friedliche, demokratische und geeinte Europäische Union mehr Bedeutung denn je“, erklärte Jörg Wojahn, der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland.



© European Union, 2022

Der Europatag 2022 stand im Zeichen des Friedens und der Solidarität mit der Ukraine.

> „Bei diesem Europatag geht es um die Union der Zukunft – darum, wie wir sie stärker, krisenfester und bürgernäher machen. Die Antwort wird auch in der Ukraine gegeben“, hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits zuvor erklärt. „Der Überfall des Kreml auf ein Nachbarland erinnert uns daran, warum wir den Europatag feiern. Es ist der Tag, an dem das heutige, friedliche, wohlhabende und geeinte Europa aus der Taufe gehoben wurde“, bekräftigte von der Leyen.

Erinnerung an Robert Schuman

Der Europatag wird jährlich am 9. Mai begangen. Er erinnert an die Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman, der am 9. Mai 1950 die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) anregte und damit die Basis für die Europäische Union legte. Europaweit wird dabei an die Leistungen der EU erinnert. Aus Solidarität mit der Ukraine wurden in diesem Jahr viele Gebäude in den blau-gelben Landesfarben angestrahlt – auch in Deutschland.

Zu der diesjährigen zentralen Feier im deutsch-polnischen Guben-Gubin hatten die Vertretungen der EU-Kommission und die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland und Polen zusammen mit anderen Partnern geladen. Die deutsche Stadt Guben und das polnische Gubin sind seit 1991 partnerschaftlich verbunden. „In Gu-

ben und Gubin sieht man, wie europäische Lebenswirklichkeit aussieht und welchen Nutzen Europa für uns hat“, sagte Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke beim Europatag. So profitierten Guben und Gubin sehr stark vom EU-Programm INTERREG, mit dessen Hilfe z.B. das Neiße-Ufer neu gestaltet und Straßenverbindungen in der Innenstadt saniert werden konnten. Von den 16.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der brandenburgischen Stadt Guben stammen rund tausend aus Polen.

„In Guben-Gubin zeigt sich, wie Europa jeden Tag gelebt wird. Die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen verkörpert das, was die Europäische Union so faszinierend macht: Die Gräben der Geschichte zu überwinden und jeden Tag an einer gemeinsamen Zukunft zu arbeiten. Es gibt keinen besseren Ort, um Europa zu feiern“, sagte Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments.

Die zentrale Feier zum Europatag in Guben-Gubin wurde umrahmt von einem Europafest am Neiße-Ufer. Im Mittelpunkt stand das Europäische Rad, ein Riesenrad, das in jeder einzelnen Gondel eine eigene Europa-Geschichte aus der Region erzählte. Zudem unterhielten unter anderen die polnische Folkrock-Band Enej und die polnisch-ukrainische A-Cappella-Gruppe Zazula die Zuschauer mit dem Lied „Bilia Topoli“, das 2015 nach den Ereignissen auf dem Maidan in Kiew mit ukrainischen Künstlern geschrieben wurde.

Deutschlandweit wurden rund um den Europatag zahlreiche Veranstaltungen abgehalten. Unter der Schirmherrschaft der bayerischen Europaministerin Melanie Huml lud die Europäische Kommission gemeinsam mit anderen Veranstaltern zur freien Fahrt im Münchner „Umadum“ ein. In den Gondeln des Riesenrads konnten die Besucherinnen und Besucher an Workshops zu Europa-Themen teilnehmen oder sich mit Politikerinnen und Politikern direkt austauschen. In Bonn haben etwa 10.000 Menschen am Europatag auf dem Marktplatz und im Alten Rathaus teilgenommen. Das diesjährige Motto lautete „Stories of Europe – Zeig mir dein Europa“. (pr) >|

■ *Europatag*

Europa in Zahlen

Neun

Kommunen in Deutschland sind von der EU-Kommission ausgewählt worden, um an der EU-Mission „100 klimaneutrale Städte bis 2030“ teilzunehmen: Aachen, Dortmund, Dresden, Frankfurt am Main, Heidelberg, Leipzig, Mannheim, München und Münster. Die EU fördert dort die kommunalen Anstrengungen, im Rahmen des Europäischen Grünen Deal bis zum Ende des Jahrzehnts klimaneutral zu wirtschaften. „Diese Städte weisen uns den Weg in die Zukunft. Wir werden sie dabei unterstützen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Insgesamt hatten sich 377 Städte für die entscheidende Auswahlrunde qualifiziert, darunter 30 aus Deutschland. „Es ist für uns eine Wertschätzung unserer Arbeit auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt und zugleich auch ein Ansporn, die Ambition bis 2030 durch Aktionen mit der gesamten Stadtgesellschaft erfolgreich umzusetzen“, freute sich Mannheims Oberbürgermeister Peter Kurz über die europäische Auszeichnung.

EU-Mission „Städte“

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 17.05.2022 19.00–20.30 Uhr	„Konferenz zur Zukunft Europas: Was wird aus den Stimmen der Bürgerinnen und Bürger?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	Online	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/diskussion/konferenz-zur-zukunft-europas-was-wird-aus-den-stimmen-der-buergerinnen-und-buerger
> 18.05.2022 19.00 Uhr	„Revolution und Umbruch - Belarus im Fokus“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Deutsches Hygiene-Museum	Deutsches Hygiene-Museum Lingnerplatz 1 01069 Dresden	www.dhmd.de/veranstaltungen/kalender/
> 20.05.2022 13.30–18.30 Uhr	„Frieden in der Europäischen Stadt“ Vortrag Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	Grashaus Fischmarkt 3 52062 Aachen	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/diskussion/frieden-in-der-europaeischen-stadt
> 20.05.2022 18.30–21.30 Uhr	„Stay together! - Was sind die Grundwerte heute wert?“ Podiumsgespräch mit Schülerinnen und Schülern Veranstalter: Europa Akademie Schlüchtern	Stadthalle Schlüchtern Schloßstraße 13 36381 Schlüchtern	www.europatermine.de/europatermine/termin/28458
> 21.05.2022 11.00–17.00 Uhr	„Bayerischer Europatag und Bürgerforum Europa im Dialog“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Bayerische Staatsregierung, Stadt Nürnberg, Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München, Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in München	Bayrischer Europatag Lorenzer Platz 1 0403 Nürnberg Bürgerdialog: Bankgasse 9 90402 Nürnberg	www.europarl.europa.eu/germany/de/verbindungsbuero_muenchen.html
> 22.05.2022 11.00–19.00 Uhr	„LUX Publikumspreis 2022 – Finalistenfilme in München“ Filmvorführungen und Filmtalk Veranstalter: Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in München	City Kino München Sonnenstraße 12 80331 München	www.europarl.europa.eu/germany/de/verbindungsbc3%BCrom%3%BCnchen/lux_220522

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



UKRAINISCHE KINDER IN DEUTSCHLAND

Bilder helfen bei der Verständigung

Übersetzungsprobleme? Nutzen Sie Bilder! Viele Menschen in Europa nehmen Kinder und Erwachsene aus der Ukraine bei sich auf, die ihr Land verlassen haben, um in der EU Schutz zu finden. Dieses zweisprachige Heft – herausgegeben von der EU – hilft allen dabei, miteinander zu kommunizieren: <https://op.europa.eu/en/web/general-publications/publications>



Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger online oder telefonisch an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt.

■ [Fragen zur EU](#)

EURODESK DEUTSCHLAND

Work&Travel - Erklärfilm und Erfahrungsberichte

Was ist Work&Travel? In welchen Ländern ist es möglich? Und für wen passt das Format? Bei Work&Travel können alle Interessierte bis zu einem Jahr in einem anderen Land verbringen, um zu reisen und währenddessen zu jobben. Die Möglichkeiten sind je nach Land unterschiedlich – meist sind es Aushilfsjobs. Das Mindestalter für Work&Travel ist 18 Jahre. Eurodesk Deutschland vermittelt in einem Erklärvideo und in Erfahrungsberichten die wichtigsten Fakten, die es zu wissen gilt, bevor die Entscheidung für oder gegen Work&Travel getroffen wird. Darüber hinaus wird die Möglichkeit vorgestellt, über WWOOFen (WorldWide Opportunities on Organic Farms) für eine begrenzte Zeit auf Biobauernhöfen zu leben und zu arbeiten.



■ [Informationen zu Work&Travel](#)

DAPHNE-CARUANA-GALIZIA-PREIS FÜR JOURNALISMUS

Jetzt Beiträge einreichen

Am 3. Mai, dem Welttag der Pressefreiheit, hat das EU-Parlament den Aufruf zur Einreichung von Beiträgen für den Daphne Caruana Galizia-Preis für Journalismus veröffentlicht. Der Preis wurde erstmals am 16. Oktober 2020 zu Ehren der maltesischen Enthüllungsjournalistin und Bloggerin Daphne Caruana Galizia geschaffen, die sich konsequent gegen Korruption einsetzte und 2017 durch eine Autobombe ermordet wurde. Ziel des mit 20.000 Euro dotierten Preises ist es, herausragende und fundierte journalistische Arbeit zu Themen auszuzeichnen, die für die Europäische Union als Ganzes oder einige ihrer Mitgliedstaaten von Bedeutung sind und zur Förderung der Prinzipien und Werte der EU beitragen, die in der Europäischen Charta der Grundrechte verankert sind. Die eingereichten Beiträge müssen zwischen dem 1. September 2021 und dem 31. Juli 2022 in Printmedien, audiovisuellen Medien oder Online-Medien mit Sitz in einem der 27 EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht bzw. ausgestrahlt worden sein. Wettbewerbsbeiträge können bis zum 31. Juli 2022 online eingereicht werden.

■ [Daphne-Caruana-Galizia-Preis](#)



MACHEN. NICHT NUR REDEN

Projektwerkstatt für junge Menschen in Weimar

EU-Jugendprogramme unterstützen junge Menschen darin, ehrenamtlich aktiv zu werden und sich für Themen einzusetzen, die ihnen am Herzen liegen. Im Rahmen der Projektwerkstatt „Machen. Nicht nur reden“ stellt JUGEND für Europa die EU-Fördermöglichkeiten der Solidaritätsprojekte (Europäisches Solidaritätskorps) und der Jugendpartizipationsprojekte (Erasmus+ Jugend) vor und gibt praktische Tipps und Hilfestellung, wie junge Menschen ihre Projektideen verwirklichen können.

Bei der Veranstaltung können sich die Teilnehmenden mit anderen engagierten Menschen aus ganz Deutschland austauschen, neue Projektideen entwerfen oder mitgebrachte Projektideen weiterentwickeln – vor allem werden die Schritte von der Antragstellung bis zur Umsetzung erklärt. „Machen. Nicht nur reden.“ findet vom 1. bis 3. Juli 2022 in Weimar statt. Die Anmeldung ist bis zum 31. Mai möglich.

■ [Projektwerkstatt](#)